



BERLIN AKTUELL...

Newsletter der Bundestagsabgeordneten Bärbel Bas und Johannes Pflug
(Ausgabe I/2013 – 21.01.2013)

Liebe Leserinnen und Leser,

was für ein Wahlabend! Nach einem unglaublich spannenden Herzschlagfinale hat Rot-Grün in Niedersachsen endgültig die Nase vorn, um 23:40 Uhr stand das vorläufige amtliche Endergebnis fest: Die SPD legt zu und kommt auf 32,6 Prozent. Zusammen mit den Grünen verfügen wir jetzt über eine knappe Mehrheit von einem Sitz vor CDU und FDP. Es ist die zwölfte Landtagswahl in Folge in der Angela Merkel keine einzige schwarz-gelbe Mehrheit mehr erringen konnte. Nicht einmal das Tricksen mit über 100 000 Leihstimmen der CDU für die fußlahme FDP hat der schwarz-gelben Regierung das Überleben sichern können.

In der vergangenen Sitzungswoche im Deutschen Bundestag haben wir Sozialdemokraten das Thema Steuergerechtigkeit wieder auf die Tagesordnung gesetzt. Peer Steinbrück fordert, dass die Banken selbst für ihre Verantwortungslosigkeit gerade stehen sollen, nicht der Steuerzahler. Zur Steuergerechtigkeit gehört auch die strengere Verfolgung von Steuersündern. Dank der SPD ist im Vermittlungsausschuss das Steuerabkommen mit der Schweiz gescheitert. Wie soll dem ehrlichen Steuerzahler auch die Legalisierung von Steuerhinterziehung erklärt werden?

Das Jahressteuergesetz hat die Regierung mit ihrer Sturheit platzen lassen. Wir fordern eine steuerliche Gleichstellung von gleichgeschlechtlichen Partnerschaften, womit wir der Koalition letztlich nur unter die Arme greifen, ihren Koalitionsvertrag zu erfüllen. Ein weiterer Schauplatz in dieser Woche war die Neuregelung des Beschäftigtendatenschutzgesetzes. Klamheimlich sollte die ständige Überwachung am Arbeitsplatz erlaubt werden. Dank des Widerstands der Gewerkschaften und der SPD scheidet Schwarz-Gelb mit einem neuen Versuch, Klientelpolitik für die Arbeitgeber zu betreiben.

Weitere wichtige Themen der Sitzungswoche waren das Papier „Bezahlbares Wohnen in der Sozialen Stadt“ von Peer Steinbrück, Frank-Walter Steinmeier und Stephan Weil, unsere Forderung nach mehr Sicherheit bei Medizinprodukten, unsere SPD-Vorschläge für ein neues Kindergeld sowie die Situation in Mali.

www.johannes-pflug.de
www.baerbel-bas.de



BERLIN AKTUELL...

Newsletter der Bundestagsabgeordneten Bärbel Bas und Johannes Pflug
(Ausgabe I/2013 – 21.01.2013)

Vor allem aber: Wir von der SPD-Bundestagsfraktion trauern um Peter Struck. Wir verlieren einen großen Politiker, einen Freund, einen engen Weggefährten, einen Mann voller Herzenswärme, Humor und Lebensklugheit.

Viel Spaß beim Lesen wünschen

Johannes Pflug



Bärbel Bas



IMPRESSUM

HERAUSGEBER UND V.I.S.D.P.: BÄRBEL BAS, MDB / JOHANNES PFLUG, MDB
REDAKTION: MANUEL REIß, LIS WEY
PLATZ DER REPUBLIK 1,
11011 BERLIN
DIE TEXTE KOMMEN ZUM TEIL VON DER SPD-BUNDESTAGSFRAKTION

Inhaltsverzeichnis

Seite

- 03 [Topthema: Initiative von Rot-Grün. Raus aus der Staatshaftung bei Bankenkrisen](#)
- 05 [Wirtschaft: „Dunkle Wolken am Konjunkturhimmel“](#)
- 05 [Innenpolitik: Arbeitgeberschutz statt Arbeitnehmerdatenschutz](#)
- 07 [Soziales: Das Papier „Bezahlbares Wohnen in der Sozialen Stadt“](#)
- 09 [Gesundheit: Mehr Sicherheit bei Medizinprodukten](#)
- 10 [Neues Kindergeld bringt mehr Gerechtigkeit](#)
- 12 [Außenpolitik: Mali braucht eine politische Perspektive](#)

www.johannes-pflug.de
www.baerbel-bas.de



BERLIN AKTUELL...

Newsletter der Bundestagsabgeordneten Bärbel Bas und Johannes Pflug
(Ausgabe I/2013 – 21.01.2013)

TOP-THEMA

Initiative von Rot-Grün: Raus aus der Staatshaftung bei Bankenkrisen

Peer Steinbrück, Leiter des Fraktionsprojekts Neuregelung der Finanzmärkte, und der Grünen-Fraktionsvorsitzende Jürgen Trittin hatten Ende 2012 einen gemeinsamen Plan zur Bändigung der Banken und Finanzmärkte angekündigt. In dieser Sitzungswoche nun haben SPD und Grüne den Antrag "Ein neuer Anlauf zur Bändigung der Finanzmärkte – Für eine starke Europäische Bankenunion zur Beendigung der Staatshaftung bei Bankenkrisen" in den Bundestag eingebracht.

In der Debatte zu der rot-grünen Initiative sagte Peer Steinbrück: "Die Folgen der Finanzkrise kosten mehr als Geld, sie kosten Vertrauen. Unsere Aufgabe in der Politik ist es, die Steuerzahler zu schützen." Um die seit der Finanzmarktkrise verlorene Stabilität in Europa zurückzugewinnen, um die Rezession zu überwinden und Staatsverschuldung auf Dauer zu senken, müssen die Ursachen der Krise, nicht nur ihre Symptome bekämpft werden. Um Vertrauen wiederzugewinnen, ist die Bändigung der Finanzmärkte unausweichlich. Wer Risiken eingeht, muss auch haften. Erste Schritte sind ein europäisches Abwicklungsregime und eine europäische Abwicklungsbehörde für insolvente Banken sowie ein Bankenfonds, mit dem die Eigentümerinnen und Eigentümer der Banken, die von Gewinnen profitieren, in Zukunft auch selbst für die Kosten bei Restrukturierung und Rekapitalisierung aufkommen.

Die bisherige europäische Aufsichtsarchitektur genügt diesen Anforderungen bei weitem nicht. In dem gemeinsamen Antrag (Drucksache 17/11878) plädieren die Fraktionen der SPD und der Grünen für eine europäische Bankenaufsicht zur direkten Kontrolle grenzüberschreitend tätiger, systemrelevanter Banken und zur Bekämpfung systemischer Risiken. Peer Steinbrück sagte dazu im Plenum: "Die Steuerzahler müssen entlastet werden, es geht hier um eine Krise labiler Banken und ungezügelter Finanzmärkte." Es könne nicht sein, dass Banken ein Drohpotenzial besäßen, Staaten zu erpressen, frei nach dem Motto, scheitern wir, scheitert eure Volkswirtschaft.



BERLIN AKTUELL...

Newsletter der Bundestagsabgeordneten Bärbel Bas und Johannes Pflug
(Ausgabe I/2013 – 21.01.2013)

Die Einführung europaweit harmonisierter Mindeststandards für Einlagensicherungssysteme und eines europaweit einheitlichen Sanierungs- und Abwicklungsregimes für Kreditinstitute können bei richtiger Ausgestaltung und konsequenter Umsetzung wichtige Bedingungen sein, um die Staatshaftung für den Bankensektor zu beenden. Nötig ist jedoch mehr als die von der Kommission vorgeschlagene Etablierung eines einheitlichen europäischen Abwicklungsregimes:

- Erstens die Errichtung einer europäischen Abwicklungsbehörde, um künftig grenzüberschreitend tätige, systemrelevante Banken, die kurz vor einer Insolvenz stehen, in einem grenzüberschreitenden Verfahren geordnet restrukturieren oder abwickeln zu können.
- Zweitens die Einrichtung eines europäischen Bankenfonds um die notwendigen ergänzenden Finanzierungsmittel für eine Restrukturierung oder Abwicklung grenzüberschreitend tätiger, systemrelevanter Banken bereit zu stellen, bei denen eine Eigentümer- und Gläubigerbeteiligung nicht ausreicht.

Abwicklungen und Restrukturierungen von Banken müssen vorrangig der Sicherung der Finanzmarktstabilität dienen und nach dem Prinzip der Kostenminimierung erfolgen. Die anfallenden Kosten sollen dabei in erster Linie von den Anteilseignern und in zweiter Linie von den Gläubigern getragen werden. Erst danach sollen die Mittel des Bankenfonds eingesetzt werden, um darüberhinausgehende notwendige Finanzierungsmittel bereit zu stellen und die privaten Einlagen zu schützen.

Ziel muss sein, Zahlungsverkehr und private Kundeneinlagen abzusichern, die Finanzstabilität zu gewährleisten und das Erpressungspotenzial der Banken zu verringern, um eine Steuerfinanzierung der Bankenrisiken auszuschließen und eine Trennung von Staats- und Bankenrisiken zu vollziehen. Sowohl Steuerzahlerinnen und Steuerzahler als auch private Kundeneinlagen sollen vor den Risiken einer Bankeninsolvenz geschützt werden. Peer Steinbrück stellte klar: "Steurgerechtigkeit ist eine Demokratiefrage, sie betrifft das Gleichgewicht in unserer Gesellschaft".

www.johannes-pflug.de
www.baerbel-bas.de



BERLIN AKTUELL...

Newsletter der Bundestagsabgeordneten Bärbel Bas und Johannes Pflug
(Ausgabe I/2013 – 21.01.2013)

WIRTSCHAFT

Hubertus Heil: „Dunkle Wolken am Konjunkturhimmel“

Wir von der SPD-Fraktion werfen der Bundesregierung wirtschaftspolitische Untätigkeit vor. „Jetzt rächt sich, dass Schwarz-Gelb keine Vorsorge für schwierigere Zeiten getroffen hat. Herr Rösler und Frau Merkel setzen die rosarote Brille auf,“ sagte unser SPD-Fraktionsvize Hubertus Heil angesichts trüber Wachstumsaussichten für 2013 und der Veröffentlichung des Jahreswirtschaftsberichts der Bundesregierung. Unser wirtschaftspolitischer Sprecher Wolfgang Tiefensee sprach von „Schön-Wetter-Rhetorik bei durchwachsenen Aussichten.“

2012 ist Deutschlands Wirtschaft insgesamt nur noch um 0,7 Prozent gewachsen, seit Oktober sogar um 0,5 Prozent geschrumpft. Für das neue Jahr 2013 hat sich die Wachstumsprognose der Bundesregierung innerhalb weniger Monate auf nur noch 0,4 Prozent halbiert. Gleichzeitig werden die Zukunftsrisiken immer deutlicher: Die Ungleichgewichte innerhalb des Euroraums und in der Weltwirtschaft sind unverändert hoch. Deutschland verzeichnet einen Einbruch bei den Exporten in den Euroraum und den Ausrüstungsinvestitionen der Unternehmen. Die soziale Spaltung der Gesellschaft nimmt zu. Die deutsche Binnennachfrage bleibt weit unter ihren Möglichkeiten. Die Sozialdemokraten fordern einen wirtschaftspolitischen Kurswechsel – hin zu mehr Gerechtigkeit und Zukunftsvorsorge. „Wir brauchen faire Löhne, um der sozialen Spaltung in Deutschland entgegenzuwirken und die Kaufkraft zu stärken“, sagte Hubertus Heil. Nötig seien zudem mehr Investitionen in Bildung, Forschung und Infrastruktur sowie ein besseres Management der Energiewende.

INNENPOLITIK

Arbeitgeberschutz statt Arbeitnehmerdatenschutz

Die Bundesregierung will vermutlich noch im Januar 2013 ihr so genanntes Beschäftigtendatenschutzgesetz durch den Bundestag bringen. Was dem Namen nach arbeitnehmerfreundlich klingt, ist alles andere als das: Es ist mal wieder ein schwarz-gelbes Geschenk an ihre Klientel. Die FDP, die sonst für sich beansprucht, die Partei der

www.johannes-pflug.de
www.baerbel-bas.de



BERLIN AKTUELL...

Newsletter der Bundestagsabgeordneten Bärbel Bas und Johannes Pflug
(Ausgabe I/2013 – 21.01.2013)

Bürgerrechte zu sein, hat dieses Credo zu den Akten gelegt. Zumindest scheint für sie der Schutz der Bürgerrechte nicht zu gelten, wenn es um den Schutz von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern geht. Und bei der Union hat sich der Wirtschaftsflügel durchgesetzt. Die Bundesregierung scheint darauf zu vertrauen, dass keiner nachliest, was sich wirklich hinter dem Titel „Gesetz zur Regelung des Beschäftigtendatenschutzes“ verbirgt. Der Parlamentarische Geschäftsführer Thomas Oppermann sagte: "Ein solches Gesetz schafft keinen Betriebsfrieden. Es ist ein Arbeitnehmerüberwachungsgesetz".

Zahlreiche Datenskandale auch in großen Unternehmen wie der Telekom, bei den Handelsketten Lidl und Aldi Süd sowie bei der Bahn haben in den vergangenen Jahren immer wieder gezeigt, wie perfide Arbeitgeber ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bespitzeln und ausforschen: heimliche Videoüberwachungen, das Mitschneiden von Telefongesprächen, die Kontrolle der E-Mail-Kommunikation sowie der Internetnutzung am Arbeitsplatz. Es ist daher dringend geboten, den Datenschutz von Beschäftigten eindeutig zu regeln. Die öffentliche Empörung über die Bespitzelung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern führte auch in den Chefetagen der Konzerne schließlich zu der Erkenntnis, dass so mit Beschäftigten nicht umgegangen werden darf.

Die SPD-Bundestagsfraktion hat Änderungsanträge zum Gesetzentwurf der Bundesregierung vorgelegt. Dabei geht es vor allem darum, auf fehlende Einschränkungen hinzuweisen und Missbrauch vorzubeugen. Unsere Anträge enthalten u. a. die folgenden Forderungen:

- kein Fragerecht nach Schwangerschaft, Behinderung, öffentlichen Ehrenämtern und Vermögensverhältnissen bei Vorstellungsgesprächen
- keine Erhebung öffentlich zugänglicher Daten (facebook, twitter)
- eingeschränktes Daten-Screening/automatisierter Abgleich und Datenerhebung
- keine medizinische Datenerhebung von Beschäftigten
- keine Verarbeitung und Nutzung von Daten der Beschäftigten, ohne diese zu informieren
- keine umfassende Videoüberwachung

www.johannes-pflug.de
www.baerbel-bas.de



BERLIN AKTUELL...

Newsletter der Bundestagsabgeordneten Bärbel Bas und Johannes Pflug
(Ausgabe I/2013 – 21.01.2013)

- Ortungssystem (GPS) darf nicht zur Verhaltens- und Leistungskontrolle genutzt werden
- Einschränkung der biometrischen Authentifizierung auf besonders sicherheitsrelevante Bereiche in Unternehmen
- keine ständige Überwachung der Beschäftigten in Callcentern

SOZIALES

„Bezahlbares Wohnen in der Sozialen Stadt“

In Ballungszentren steigen die Mieten. Bezahlbare Wohnungen werden knapp. Wir von der SPD wollen konsequente Maßnahmen ergreifen, bezahlbares Wohnen überall zu ermöglichen. In einem gemeinsamen Positionspapier von Peer Steinbrück, Frank-Walter Steinmeier und Stephan Weil sind Thesen und Maßnahmen formuliert, die den Anstieg der Mietpreise begrenzen sollen und Investitionen in Wohnungsbau, energetische Sanierung und den familien- und altersgerechten Umbau von Häusern und Wohnungen voranbringen.

Zu den Maßnahmen der Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten gehören u.a.:

- Die SPD setzt sich in Bund und Ländern dafür ein, dass der Bund die jährlichen Kompensationsmittel für die Soziale Wohnraumförderung in Höhe von rund 518 Millionen Euro auf bisherigem Niveau bis 2019 fortführt.
- Nach dem Regierungswechsel in Niedersachsen haben SPD und Grüne im Bundesrat eine neue gestaltende Mehrheit, die sie verantwortungsvoll für die Bürgerinnen und Bürger nutzen werden. Die SPD will im Bund eine aktive Wohnungs- und Städtebaupolitik.
- In einem ersten Schritt werden die Sozialdemokraten im Bundesrat die von der Regierung Merkel verschärfte soziale Ungerechtigkeit im Mietrecht verhindern. Ziel ist es, im Bundesrat die Mietpreisspirale am Wohnungsmarkt zu stoppen. Dazu gibt es eine Mietpreisbegrenzung nicht nur für Bestands-, sondern auch für Neumieten. Bei Neuvermietungen darf die Miete um nicht mehr als zehn Prozent über der

www.johannes-pflug.de
www.baerbel-bas.de



BERLIN AKTUELL...

Newsletter der Bundestagsabgeordneten Bärbel Bas und Johannes Pflug
(Ausgabe I/2013 – 21.01.2013)

ortsüblichen Vergleichsmiete liegen. Bei Bestandsmieten sollen Mieterhöhungen auf maximal 15 Prozent in vier Jahren begrenzt werden.

- Mieterinnen und Mieter dürfen bei Sanierungen nicht durch überhöhte Mietpreisaufschläge aus ihren Wohnungen verdrängt werden. Der Vermieter darf bei Sanierungen maximal neun Prozent der Kosten pro Jahr auf den Mieter, die Mieterin, umlegen. Dabei muss bei energetischen Sanierungen sichergestellt sein, dass nur effiziente Maßnahmen umgesetzt werden, die tatsächlich Energie sparen.
- Die Städtebauförderung wird von der SPD wieder verlässlich ausgestattet. Dabei soll das Programm "Soziale Stadt" zum Leitprogramm werden.
- Die soziale Gesellschaft beginnt in der sozialen Stadt. Dort gilt es, Zusammenhalt, Teilhabe, Verantwortung und Solidarität zu ermöglichen, um demokratisches Bewusstsein zu stärken. Dazu werden Kräfte und Maßnahmen gebündelt, koordiniert Hilfen angeboten und die betroffenen Menschen aktiv an der Gestaltung ihres unmittelbaren Lebensumfeldes beteiligt.
- Unter sozialdemokratischer Führung wird die CO₂-Gebäudesanierung durch den Bund wieder verlässlich gefördert. Die Förderung der energetischen Sanierung soll so ausgerichtet sein, dass mit geringstmöglichem Aufwand eine möglichst große Energieeinsparung erreicht wird und möglichst vielen Mietern und Wohnungseigentümern zu Gute kommt.
- Der Heizkostenzuschuss beim Wohngeld wird wieder eingeführt.
- Die SPD wird nach der Bundestagswahl dafür sorgen, dass jeder Mensch so lange wie möglich selbstbestimmt in seinen eigenen vier Wänden leben kann. Das muss bis ins hohe Alter mindestens bis zur Pflegestufe 2 gelten. Der altersgerechte Umbau darf keine Frage des Geldes sein. Dazu werden die von der Regierung Merkel gestrichenen Zuschüsse der KfW für den Abbau von Barrieren bei Wohnungen und Häusern wieder eingeführt.

Das vollständige Papier ist auf www.spdfraktion.de zu finden.

www.johannes-pflug.de
www.baerbel-bas.de



BERLIN AKTUELL...

Newsletter der Bundestagsabgeordneten Bärbel Bas und Johannes Pflug
(Ausgabe I/2013 – 21.01.2013)

GESUNDHEIT

Mehr Sicherheit bei Medizinprodukten

Anfang 2012 berichteten die Medien von den kriminellen Machenschaften eines französischen Herstellers von Brustimplantaten. Von den fehlerhaften, aus Industriesilikon hergestellten, Implantaten geht eine direkte Gefahr für die Betroffenen aus. Das Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte hat empfohlen, alle betroffenen Implantate zu entfernen. Sichtbar wurden durch diesen schlimmen Vorfall auch die Lücken bei der Sicherheit von Medizinprodukten. Bei einem neuen Arzneimittel können sich Patienten darauf verlassen, dass Risiken und Nutzen des Präparats in klinischen Studien belegt worden sind. Medizinproduktehersteller z. B. von Brustimplantaten, Herzschrittmachern, künstlichen Hüftgelenken usw. müssen lediglich eine freiwillige Selbsterklärung abgeben, damit sie ihre Produkte in den Verkehr bringen dürfen. Diese Regelungen reichen nicht aus, um die Sicherheit der Patienten zu gewährleisten.

In unserem Antrag „Mehr Sicherheit bei Medizinprodukten“ (Drucksache 17/9932) fordert die SPD-Bundestagsfraktion den Marktzugang für Medizinprodukte zu regeln. Dazu gehört eine wirksamere Überwachung des Herstellungsprozesses und der im Umlauf befindlichen Produkte. Außerdem soll sichergestellt werden, dass die betroffenen Patienten über Probleme bei Produkten schnell informiert und die Produkte nicht weiter verwendet werden. Falls es trotzdem zu einem Schaden kommen sollte, dürfen die Betroffenen nicht noch zusätzlich finanzielle Nachteile befürchten oder in langwierigen Prozessen um ihr Recht kämpfen müssen. Die SPD-Fraktion fordert für Medizinprodukte eine amtliche Zulassung. Dazu sollen klinische Studien gehören. Gleichzeitig sollen bereits im Umlauf befindliche Produkte und ihre Hersteller stichprobenartig überprüft werden. Darüber hinaus sollen die Medizinproduktehersteller eine Haftpflichtversicherung abschließen, um im Schadensfall die Betroffenen zu entschädigen. Bei fehlerhaften Produkten soll der Austausch von Implantaten auf Kosten des Herstellers erfolgen. Ein Implantateregister soll über die Haltbarkeit und die Risiken von Produkten informieren und ein Verzeichnis soll helfen, Rückverfolgungen bei auftretenden Problemen vorzunehmen, damit Betroffene informiert werden können.

www.johannes-pflug.de
www.baerbel-bas.de



BERLIN AKTUELL...

Newsletter der Bundestagsabgeordneten Bärbel Bas und Johannes Pflug
(Ausgabe I/2013 – 21.01.2013)

FAMILIEN

Neues Kindergeld bringt mehr Gerechtigkeit

SPD-Bundestagsfraktion und SPD-Parteivorstand haben am 9. Januar 2013 das Konzept für ein neues Kindergeld vorgestellt. „Wir machen Schluss mit der Besserstellung von Familien mit hohem Einkommen und unterstützen dafür stärker all die Familien, die mit geringen Einkommen auskommen müssen“, erklärte SPD-Fraktionsvizin Dagmar Ziegler. Mit dem neuen Kindergeld wollen wir Sozialdemokraten vier Ziele erreichen:

- Gerechtigkeit bei den Leistungen für Familien, weil die Besserstellung von Familien mit hohem Einkommen beendet wird und Familien mit niedrigen und mittleren Einkommen besser unterstützt werden.
- Das verfügbare Einkommen für Geringverdiener spürbar erhöhen.
- Den Mindestlohn für Familien mit Kindern wirksam machen.
- Viele Familien aus verdeckter Armut befreien oder sie unabhängig von der Aufstockung durch das Arbeitslosengeld II (ALG II) machen.

Was ist das neue Kindergeld?

Wir wollen das neue Kindergeld nach dem Einkommen staffeln. Familien mit niedrigen und mittleren Einkommen von bis zu 3000 Euro brutto erhalten ein erhöhtes Kindergeld, das maximal 324 Euro pro Kind beträgt. Danach würden Eltern mit zwei Kindern, von denen ein Elternteil Vollzeit und der andere Teil halbtags arbeitet und die gemeinsam 2500 Euro brutto verdienen, 88 Euro mehr pro Monat in der Tasche haben. Für das neue Kindergeld wollen wir den bestehenden Kinderzuschlag mit dem Kindergeld zu einer Leistung zusammenführen. Alle anderen Familien erhalten weiter das aktuelle Kindergeld in Höhe von 184 Euro für die ersten beiden Kinder, 190 Euro für das dritte und 215 für jedes weitere Kind.

Ändert sich etwas für Bezieher der Grundsicherung?

Nein, das neue Kindergeld wird wie das heutige voll auf die Regelsätze der Grundsicherung (ALG II) angerechnet. Profitieren sollen Familien, deren Einkommen oberhalb der



BERLIN AKTUELL...

Newsletter der Bundestagsabgeordneten Bärbel Bas und Johannes Pflug
(Ausgabe I/2013 – 21.01.2013)

Bedürftigkeitsgrenze liegt. Gleichzeitig hält die SPD-Fraktion an ihrer Forderung nach einem eigenständigen Regelsatz für Kinder, deren Eltern Grundsicherung beziehen, fest.

Welche Vorteile hat das neue Kindergeld?

Der Kinderzuschlag wird nur von einem Drittel der Berechtigten in Anspruch genommen. Etwa 600.000 Kinder gehen leer aus. Ausgerechnet Alleinerziehende, als Gruppe mit dem größten Armutsrisiko, erreicht der Kinderzuschlag kaum. Die SPD-Bundestagsfraktion will die verdeckte Armut beenden und erreichen, dass viele vom neuen Kindergeld profitieren: Es sollen höhere Einkommensgrenzen als beim Kinderzuschlag gelten, dadurch erreicht das neue Kindergeld auch Familien mit mittleren Einkommen. Zusätzlich soll das Antragsverfahren vereinfacht werden. Profitieren sollen vor allem Alleinerziehende. Das neue Kindergeld macht den Mindestlohn für Familien wirksam.

Was ist an der bisherigen Familienförderung ungerecht?

Aktuell bekommen Eltern mit hohem Einkommen wegen der kinderbezogenen Steuerfreibeträge mehr Geld als Eltern mit normalem oder geringem Einkommen durch das Kindergeld erhalten. Spitzenverdiener werden durch die Steuerfreibeträge um 100 Euro pro Monat mehr entlastet, als durch das Kindergeld von 184 Euro für das erste und zweite Kind. Das findet die Bevölkerung mehrheitlich ungerecht und auch Gewerkschaften und Verbände üben daran Kritik. Ursache für die bestehende Ungerechtigkeit ist der 2002 eingeführte Freibetrag für Betreuung und Erziehung oder Ausbildung (BEA). Er hat zu einer deutlichen Entlastung der Bezieher höherer Einkommen geführt. Die SPD will den Freibetrag für Betreuung, Erziehung oder Ausbildung abschaffen. Dann bekommen auch Spitzenverdiener nicht mehr als das Kindergeld in Höhe von 184 Euro für das erste und zweite Kind. Das betrifft Familien mit zwei Kindern ab einem Jahreseinkommen von 70.000 Euro.

Was wird das neue Kindergeld kosten?

SPD-Bundestagsfraktion und der SPD-Parteivorstand gehen davon aus, dass das neue Kindergeld zwischen 2 und 3 Milliarden Euro kosten wird.

www.johannes-pflug.de
www.baerbel-bas.de



BERLIN AKTUELL...

Newsletter der Bundestagsabgeordneten Bärbel Bas und Johannes Pflug
(Ausgabe I/2013 – 21.01.2013)

AUSSENPOLITIK

Mali braucht eine politische Perspektive

Die Bundesregierung hat den Einsatz zweier Bundeswehrflugzeuge des Typs Transall beschlossen. Wir von der SPD-Fraktion signalisieren unsere Unterstützung für einen humanitären und logistischen Einsatz, fordern jedoch eine Erklärung der Bundesregierung, wie die politische Zukunft Malis gestaltet werden soll. Eine Unterstützung der Militäroperation Frankreichs, die auf bitten der malischen Regierung und mit Unterstützung des VN-Sicherheitsrats initiiert wurde, schließen wir von der der SPD-Fraktion nicht aus.

Unser SPD-Fraktionsvize Gernot Eler sagt: "Wir brauchen einen politischen Fahrplan, der deutlich macht, dass der Konflikt nicht allein mit militärischen Mitteln gelöst werden kann. Außerdem müssen die Mittel für die Humanitäre Nothilfe für die zehntausenden Flüchtlinge, die vor der Gewalt der islamistischen Terroristen auf der Flucht sind, erhöht werden". Sigmar Gabriel und Peer Steinbrück befürworteten ebenfalls eine logistische Unterstützung Malis, aber schlossen einen Kampfeinsatz klar aus. Rainer Arnold, Verteidigungsexperte der SPD-Fraktion, kritisierte die Kanzlerin, den Bürgerinnen und Bürgern nicht die politische Lage zu erklären. Stattdessen bleibe sie unsichtbar.

Leider hat die Bundesregierung einmal mehr in einer schwierigen Krise kopf- und konzeptionslos gehandelt. Zunächst hatte Außenminister Westerwelle jegliche Unterstützung Frankreichs ausgeschlossen. Nur zwei Tage später konnte es ihm dann auf einmal nicht mehr schnell genug gehen. Die Gefahr, dass radikale Islamisten das Ruder in Mali übernehmen und das Land zu einem extremistischen Gottesstaat und zu einem Rückzugsort für Al Qaida-Terroristen wird, ist zunächst abgewendet. Die Lage bleibt dennoch höchst fragil und gefährlich. Militärisch wird sich der Konflikt alleine nicht lösen lassen. Die Bemühungen um einen politischen Dialogprozess mit den gesprächsbereiten Kräften im Norden müssen intensiviert werden. Nur wenn es gelingt, dem Norden eine politische und wirtschaftliche Perspektive innerhalb Malis zu vermitteln, besteht eine Chance, diesen Konflikt zu lösen und Mali langfristig wieder zu stabilisieren.

www.johannes-pflug.de
www.baerbel-bas.de